
3030/AB XXII. GP

Eingelangt am 25.07.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Mai 2005 unter der **Nr. 3075/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend von Österreich umzusetzende EU-Richtlinien und sonstige EU-Rechtsakte III gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Allgemeines

Wie bereits anlässlich der Beantwortung der (im Wesentlichen) gleich lautenden Anfrage 1783/J vom 26.5.2004 ausgeführt, besteht im Bereich der Umsetzung von Richtlinien lediglich eine koordinative Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes, die ein Hinwirken auf die rechtzeitige und vollständige Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft ermöglichen soll und vom Verfassungsdienst wahrgenommen wird. Das Bundeskanzleramt fungiert in diesem Zusammenhang als Ansprechpartner für die Bundesministerien und die Länder und unterstützt diese in einem laufenden Dialog bei der Lösung von Umsetzungsproblemen.

Die **Umsetzung von Richtlinien selbst** (Vorbereitung und Legistik) sowie die Verantwortung für die betreffenden Inhalte verbleiben aber selbstverständlich in der **Zuständigkeit des jeweiligen Bundesministeriums** (bzw. Landes). Das Bundeskanzleramt ist daher nicht zuständig, inhaltliche oder strategische Entscheidungen im Hinblick auf die Umsetzung einzelner Richtlinien zu treffen. Fragen, die sich auf die Inhalte der zu treffenden Umsetzungsakte beziehen und diesbezügliche Auslegungsfragen, können vom Bundeskanzleramt somit nicht beantwortet werden (vgl. die Fragen 4, 8, 15 bis 20).

Das Bundeskanzleramt verfügt aufgrund der Zusammenarbeit mit den Bundesministerien und den Ländern vollständigen Überblick über den aktuellen Umsetzungsstand der von Österreich umzusetzenden Richtlinien. Das Bundeskanzleramt versendet regelmäßig Listen aller neu erschienenen und noch nicht vollständig umgesetzten Richtlinien an alle Bundesministerien und Länder. In diesen Listen werden dann aufgrund der

Rückmeldungen die zuständigen Stellen, die in Aussicht genommenen Rechtsakte sowie die zugehörigen Zeitpläne für die Umsetzung eingetragen.

Aus Gründen der besseren Übersicht werden die Fragen im Folgenden, soweit sie inhaltlich den gleichen Bereich betreffen, zusammengefaßt und die Informationen über die betroffenen Richtlinien in tabellarischen Übersichten dargestellt.

Zu den Fragen 1 bis 3, 5 bis 7 und 9:

Fragen 1-3, 5, 9 - ausschließliche Bundeskompetenz:

Frage 1 = Spalte 1 und 2

Frage 2 = Spalte 3 (UF - Umsetzungsfrist)

Frage 3 = Spalte 4

Frage 5 = Spalte 5

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2003/15	Richtlinie 2003/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 zur Änderung der Richtlinie 76/768/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel (Text von Bedeutung für den EWR)	11.09.04	ad 1.: notifiziert ad 2. und 3.: 1. Quartal 2005 1. Bundesgesetz über das Verbot des Inverkehrbringens von kosmetischen Mitteln, die im Tierversuch überprüft worden sind 2. Novelle zur Kosmetikverordnung 3. Novelle zur Verordnung über Kontrollmaßnahme betreffend kosmetische Mittel	BMGF
			notifiziert	BMWA
2004/87	Richtlinie 2004/87/EG der Kommission vom 7. September 2004 zur Anpassung des Anhangs III der Richtlinie 76/768/EWG über kosmetische Mittel an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)	01.10.04	Änderung der Kosmetikverordnung, BGBl. II Nr. 375/1999	BMGF
			notifiziert	BMWA
2004/88	Richtlinie 2004/88/EG der Kommission vom 7. September 2004 zur Anpassung des Anhangs III der Richtlinie 76/768/EWG des Rates über kosmetische Mittel an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)	01.10.04	Änderung der Kosmetikverordnung, BGBl. II Nr. 375/1999	BMGF
			notifiziert	BMWA

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2003/83	Richtlinie 2003/83/EG der Kommission vom 24. September 2003 zur Anpassung der Anhänge II, III und VI der Richtlinie 76/768/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)	24.09.04	Änderung der Kosmetikverordnung, BGBl. II Nr. 375/1999	BMGF
			notifiziert	BMWA
2004/57	Richtlinie 2004/57/EG der Kommission vom 23. April 2004 zur Definition pyrotechnischer Gegenstände und bestimmter Munition für die Zwecke der Richtlinie 93/15/EWG des Rates zur Harmonisierung der Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (1)	31.01.05	Kein nationaler Umsetzungsbedarf, laut Information Abt. IV/27	BMF
2004/94	Richtlinie 2004/94/EG der Kommission vom 15. September 2004 zur Änderung von Anhang IX der Richtlinie 76/768/EWG des Rates	17.09.04	Bundesgesetz über das Verbot des Inverkehrbringens von kosmetischen Mitteln, die im Tierversuch überprüft worden sind	BMGF
2004/93	Richtlinie 2004/93/EG der Kommission vom 21. September 2004 zur Anpassung der Anhänge II und III der Richtlinie 76/768/EWG des Rates an den technischen Fortschritt	01.10.2004	Kosmetikverordnung	BMGF
2003/74	Richtlinie 2003/74/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/22/EG des Rates über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von β -Agonisten in der tierischen Erzeugung	14.10.04	ad 2.: notifiziert ad 1. u. 3.: 1. Quartal 2005 1. Änderung des Arzneimittelgesetzes 2. AnwendungsV Hormone 3. Tierarzneimittelkontrollgesetz	
2003/89	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. November 2003 zur Änderung der Richtlinie 2000/13/EG hinsichtlich der Angabe der in Lebensmitteln enthaltenen Zutaten	25.11.04	Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1993	BMGF

Stichtag: 1. März 2005				
Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2002/99	Richtlinie des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs	01.01.05	Vorschriften im Veterinärbereich	BMGF
2004/13	Richtlinie der Kommission vom 29. Januar 2004 zur Änderung der Richtlinie 2002/16/EG über die Verwendung bestimmter Epoxyderivate in Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen	29.01.05	Nov. Epoxyderivate-VO	BMGF
2003/115	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 94/35/EG über Süßungsmittel, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen	29.01.05	Nov. Süßungsmittel-VO	BMGF
2002/98	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG	08.02.05	Blutsicherheitsgesetz 1999	BMGF
2004/33	Richtlinie 2004/33/EG der Kommission vom 22. März 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile (1)	08.02.05	BlutspenderVO, Blutsicherheitsgesetz, allenfalls KAKUG	BMGF
2001/95	Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über die allgemeine Produktsicherheit (Text von Bedeutung für den EWR)	15.01.04	ProduktsicherheitsG 2004	BMSG

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2003/53	Richtlinie 2003/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 zur 26. Änderung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates über Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (Nonylphenol, Nonylphenoethoxylat und Zement) (Text von Bedeutung für den EWR)	17.07.04	Novelle zur Chemikalienverbotsverordnung 2003	BMLFUW-UW
2003/73	Richtlinie 2003/73/EG der Kommission vom 24. Juli 2003 zur Änderung des Anhangs III der Richtlinie 1999/94/EG (Text von Bedeutung für den EWR)	25.07.04	Novelle zum Personenkraftwagen-Verbraucherinformationsgesetz (Bundesgesetz über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen beim Marketing für neue Personenkraftwagen)	BMLFUW-UW
2002/95	Richtlinie 2002/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten	13.08.04	Verordnung zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (auf Basis der §§ 14, 23 und 36 AWG 2002) umgesetzt Entwurf einer Elektroaltgeräteverordnung dzt. in Begutachtung	BMLFUW-UW
2002/96	Richtlinie 2002/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte - Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu Artikel 9	13.08.04	Verordnungen zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002 - auf Basis der §§ 14, 23 und 36 AWG 2002) AWG Novelle 2004: AWG Novelle dzt. in parlamentarischer Behandlung (voraussichtliches Inkrafttreten: 1.1.2005) Abfallbehandlungspflichtenverordnung BGBl. II Nr. 459/2004 (wurde bereits notifiziert), Entwurf einer Elektroaltgeräteverordnung dzt. in Begutachtung	BMLFUW-UW
2003/108	Richtlinie 2003/108/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 2002/96/EG über Elektro- und Elektronik-Altgeräte	13.08.04	Verordnung zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002, Entwurf einer Elektroaltgeräteverordnung dzt. in Begutachtung	BMLFUW-UW

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2004/98	Richtlinie 2004/98/EG der Kommission vom 30. September 2004 zur Änderung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates hinsichtlich der Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung von Pentabromdiphenylether in Notevakuierungssystemen von Flugzeugen zwecks Anpassung ihres Anhangs I an den technischen Fortschritt	01.01.2005	Novelle zur Chemikalienverbotsverordnung	BMLFUW-UW
2002/30 Klage bei EuGH anhängig	Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. März 2002 über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Gemeinschaft (Text von Bedeutung für den EWR)	28.09.03	BG über lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen	BMVIT
2004/78 VV 2004/0392	Richtlinie 2004/78/EG der Kommission vom 29. April 2004 zur Anpassung der Richtlinie 2001/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Heizanlagen für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger und der Richtlinie 70/156/EWG des Rates an den technischen Fortschritt	30.09.04	51. KDV-Novelle	BMVIT
2004/89	Richtlinie 2004/89/EG der Kommission vom 13. September 2004 zur fünften Anpassung der Richtlinie 96/49/EG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter an den technischen Fortschritt	01.10.04	GGBG - Novelle 2005	BMVIT
2003/24	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 zur Änderung der Richtlinie 98/18/EG des Rates über Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe	17.11.04		BMVIT

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2003/25	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. April 2003 über besondere Stabilitätsanforderungen für Ro-Ro-Fahrgastschiffe	17.11.04		BMVIT
2003/37	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Typgenehmigung für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen, ihre Anhänger und die von ihnen gezogenen auswechselbaren Maschinen sowie für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten dieser Fahrzeuge und zur Aufhebung der Richtlinie 74/150/EWG	31.12.04	KFG-Novelle	BMVIT
2004/86	Richtlinie 2004/86/EG der Kommission vom 5. Juli 2004 zur Anpassung der Richtlinie 93/93/EWG des Rates über Massen und Abmessungen von zweirädrigen und dreirädrigen Kraftfahrzeugen an den technischen Fortschritt (1)	31.12.04	50. KDV-Novelle	BMVIT
2003/97	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. November 2003 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Typgenehmigung von Einrichtungen für indirekte Sicht und von mit solchen Einrichtungen ausgestatteten Fahrzeugen sowie zur Änderung der Richtlinie 70/156/EWG und zur Aufhebung der Richtlinie 71/127/EWG	26.01.05	25. KFG-Novelle und 50. KDV-Novelle	BMVIT
2004/3	Richtlinie 2004/3/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 zur Änderung der Richtlinien 70/156/EWG und 80/1268/EWG des Rates im Hinblick auf die Messung der Kohlendioxidemissionen und des Kraftstoffverbrauchs von Fahrzeugen der Klasse N1 (1)	19.02.05	50. KDV-Novelle	BMVIT

Stichtag: 1. März 2005 Bund 0%-Ziel (älter als 2 Jahre)				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
1998/44 4/04	C- Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen	30.07.00	Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Patentverträge-Einführungsgesetz, das Gebrauchsmustergesetz, das Halbleiterschutzgesetz und das Sortenschutzgesetz 2001 geändert werden (Biotechnologie-Richtlinie - Umsetzungsnovelle)	BMVIT

Fragen 1-3, 6, 9 -Bundes-/Länderkompetenz:

Frage 1 = Spalte 1 und 2

Frage 2 = Spalte 3 (UF - Umsetzungsfrist)

Frage 3 = Spalte 4

Frage 5 = siehe Seite 1-6

Frage 6 = Spalte 5

Frage 7:

Keine Richtlinie fällt zur Zeit unter ausschließliche Länderkompetenz.

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
1999/38	Richtlinie 1999/38/EG des Rates vom 29. April 1999 zur zweiten Änderung der Richtlinie 90/394/EWG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit und zu ihrer Ausdehnung auf Mutagene		<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMBWK</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMWA</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BKA</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Burgenland</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Kärnten</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>NÖ</i>
			Bereich Gemeindebedienstete noch ausständig	<i>OÖ</i>
			VO zur Landarbeitsordnung	<i>Stmk</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Szbg</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Tirol</i>
<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>V</i>			
<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Wien</i>			

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
1999/92	Richtlinie 1999/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (Fünfzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)	30.06.03	<i>vollständig umgesetzt</i>	BMBWK
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMWA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMGF
				Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	NÖ
			Oö. DienstrechtsänderungsG 2005 - Oö. DRÄG 2005 Bereich der Gemeindebediensteten - Oö. Gemeindebediensteten-DienstrechtsänderungsG 2005 - Oö. G-DRÄG 2005 Verordnungsebene: Oö. Landesbedienstetenschutz AnpassungsVO 2004 mit dem LGBl. Nr. 18/2005 vom 31. März 2005 kundgemacht. noch ausstehenden Verordnungen im Bereich der Gemeindebediensteten und im Bereich des Landarbeitsrechts	OÖ
			VO zur Landarbeitsordnung	Stmk
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Szbg
			Bereich des Landarbeitsrechtes Novelle zur Landarbeitsordnung 2000 Novelle zur Land- und forstwirtschaftlichen Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Verordnung	Tirol
			<i>vollständig umgesetzt</i>	V
Teilnotifikation am 16.02.2005	Wien			

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2002/49	<i>Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und der Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm - Erklärung der Kommission im Vermittlungsausschuß zur Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm</i>	18.07.04	Rückmeldung v. 14.04.2005: BundesumgebungslärmschutzG (LärmG Bund): Begutachtung abgeschlossen, vorauss. Kundmachung Sommer 2005, Durchführungsverordnung parallel dazu in Ausarbeitung	BMLFUW -UW
			Straßengesetz	Burgenland
			Änderung des Kärntner Straßengesetzes 1991, Kärntner IPPC-Anlagengesetzes Gemeindeplanungsgesetzes 1995 und Kärntner Umweltplanungsgesetzes	Kärnten
			vollständig umgesetzt	NÖ
			Novellierungen des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 Oö. Straßengesetzes 1991 Oö. Umweltschutzgesetzes 1996	OÖ
			Straßengesetz	Stmk
			Straßengesetz	Szbg
			Novelle zum Tiroler Straßengesetz	Tirol
			Novelle zum Vorarlberger Straßengesetz	V
			Straßengesetz	Wien

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/45	Richtlinie 2001/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 zur Änderung der Richtlinie 89/655/EWG des Rates über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (Text von Bedeutung für den EWR)	19.07.04	vollständig umgesetzt	BMWA
			Bedienstetenschutzgesetz	Burgenland
			Durchführungsverordnung zum Kärntner Bedienstetenschutzgesetz	Kärnten
			vollständig umgesetzt	NÖ
			Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005	OÖ
			Oö. Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2005	
			Oö. G-DRÄG 2005 umgesetzt.	
			Verordnungsebene: Oö. Landesbedienstetenschutz Anpassungsverordnung 2004 - notifiziert	
			VO zum Bedienstetenschutzgesetz	Stmk
			vollständig umgesetzt	Szbg
Bereich des Dienstrechtes Landes- und Gemeindebediensteten: Tiroler Bedienstetenschutzgesetz 2003, LGBl. Nr. 75, die Arbeitsmittel-Verordnung, LGBl. Nr. 135/2003, und die Bauarbeiterschutz-Verordnung, LGBl. Nr. 141/2003 - notifiziert	Tirol			
Bereich des Landarbeitsrechtes durch die Land- und forstwirtschaftliche Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Verordnung, LGBl. Nr. 96/2001 offen				
Verordnungen zum Landes- und Gemeindebedienstetenschutzgesetz Land- und Forstarbeitsgesetz	V			
Wiener Arbeitsmittelverordnung in der Land- und Forstwirtschaft	Wien			

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/42	Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme	21.07.2004	SUP-Gesetz Verkehr	BMLFUW-UW
			Strategische Prüfung im Verkehrsbereich	BMVIT
			Raumordnungsgesetz <i>vollständig umgesetzt</i>	Burgenland <i>Kärnten</i>
			Raumordnungsgesetz	NÖ
			Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2005	OÖ
				Stmk
			Salzburger Raumordnungsgesetz 1998 notifiziert . Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998 - offen	Szbg
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Tirol</i>
			Novelle zum Raumplanungsgesetz bzw. im Rahmen des neu zu erlassenden Landesabfallwirtschaftsgesetzes Verordnung zum Abfallgesetz	V
			Novellen zum Wiener Nationalparkgesetz, zum Wiener Naturschutzgesetz und zum Wiener Abfallwirtschaftsgesetz	Wien

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
	Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft	19.07.2003	<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMW</i>
				Burgenland
			Novelle zur Kärntner Landarbeitsordnung 1995	Kärnten
			NÖ Antidiskriminierungsgesetz noch offen	NÖ
			Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG beschlossen. Bereich des Landarbeitsrechts: Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2005	OÖ
			Gleichbehandlungsgesetz	Stmk
			eigenen Landesgesetz	Szbg
			Bereich des Dienstrechtes der Landes- und der Gemeindebediensteten durch das Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2005 bzw. das Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz 2005 – <i>notifiziert</i> , Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005, Landarbeitsrechtes: Novelle zur Landarbeitsordnungs-Novelle 2005	Tirol
			Antidiskriminierungsgesetz – ADG	V
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Wien</i>

Stichtag: 1. März 2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2000/78	Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf	02.12.2003	<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMW</i>
			Novelle zum Behindertengleichstellungsgesetz	BMSG
				Burgenland
			Novelle zur Kärntner Landarbeitsordnung 1995	<i>Kärnten</i>
			NÖ Landarbeitsordnung	NÖ
			Oö. Antidiskriminierungsgesetz Bereich des Landarbeitsrechts: Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2005	OÖ
			Gleichbehandlungsgesetz	Stmk
			eigenen Landesgesetz	Szbg
			Bereich des Dienstrechtes der Landes- und der Gemeindebediensteten durch das Landes- Gleichbehandlungsgesetz 2005 bzw. das Gemeindef Gleichbehandlungsgesetz 2005, Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005, Bereich des Landarbeitsrechtes, Novelle zur Landarbeitsordnung 2005	<i>Tirol</i>
			Antidiskriminierungsgesetz – ADG	V
Antidiskriminierungsnovelle Novelle zum Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz	Wien			

Stichtag: 1. März 2005				
Bund/Länder 0%-Ziel (älter als 2 Jahre)				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/19	Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 zur Änderung der Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und der Richtlinien 77/452/EWG, 77/453/EWG, 78/686/EWG, 78/687/EWG, 78/1026/EWG, 78/1027/EWG, 80/154/EWG, 80/155/EWG, 85/384/EWG, 85/432/EWG, 85/433/EWG und 93/16/EWG des Rates über die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes, des Tierarztes, der Hebamme, des Architekten, des Apothekers und des Arztes (Text von Bedeutung für den EWR.) - Erklärung	31.12.02	Rückmeldung BMWA-15.718/0041-Pers/6/2005 v 11.04.2005: Die Richtlinie soll betr. der Architekten durch eine Verordnung zur Novelle des Ziviltechnikergesetzes erfolgen, welches bis 19.5.2005 in Begutachtung ist. Die Erlassung einer entsprechenden Verordnung wird mit Herbst 2005 erwartet	BMWA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMGF
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMSG
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BKA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Burgenland
			Teilumsetzung Kindergartengesetz + VO Kigahelferinnen	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	NÖ
			<i>vollständig umgesetzt</i>	OÖ
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Stmk
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Szbg
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Tirol
			Teilumsetzung Diplomanerkennungsgesetz	V
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Wien

Zu den Fragen 4 und 8:

Hinsichtlich der Umsetzung der oben genannten Richtlinien in innerstaatliches Recht und die Verantwortung für die Identifizierung und rechtzeitige Anpassung der jeweils betroffenen legislativen Inhalte verweist das Bundeskanzleramt auf die Ausführungen zu Punkt I. sowie auf das in Art. 69 Abs. 1 und Art. 77 Abs. 1 B-VG normierte Ressortprinzip und das Bundesministeriengesetz 1986.

Im Vollziehungsbereich des Bundeskanzleramtes sind derzeit keine Richtlinien betroffen.

Zu den Fragen 10 bis 14:

Fragen 10 –14, 25 - ausschließliche Bundeskompetenz:

Frage 10 = Spalte 1 und 2

Frage 11 = Spalte 3 (UF - Umsetzungsfrist)

Frage 12 = Spalte 5

Stichtag: ab 1. März 2005 – 24. Juni.2005				
Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
2004/26	Richtlinie 2004/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 97/68/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte I	20.05.2005	offen	BMVIT
			notifiziert	BMWA
2004/45	Richtlinie 2004/45/EG der Kommission vom 16. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 96/77/EG zur Festlegung spezifischer Reinheitskriterien für andere Lebensmittelzusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel ⁽¹⁾	01.04.2006	Novelle der VO über andere Zusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel	BMGF
2004/47	Richtlinie 2004/47/EG der Kommission vom 16. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 95/45/EG hinsichtlich gemischter Carotine (E 160 a (i)) und Beta-Carotin (E 160 a (ii)) ⁽¹⁾	01.04.2006	Novelle zur Farbstoffverordnung	BMGF
2004/46	Richtlinie 2004/46/EG der Kommission vom 16. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 95/31/EG hinsichtlich E 955, Sucralose und E 962, Aspartam-Acesulfamsalz ⁽¹⁾	01.04.2006	Novelle zur Süßungsmittelverordnung	BMGF
2004/77 free movement clause	Richtlinie 2004/77/EG der Kommission vom 29. April 2004 zur Änderung der Richtlinie 94/54/EG hinsichtlich der Kennzeichnung bestimmter Lebensmittel, die Glycyrrhizinsäure und deren Ammoniumsalz enthalten ⁽¹⁾	30.04.2006	Novelle zur LebensmittelkennzeichnungsVO	BMGF

Stichtag: 1. März 2005 Bund 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
04/115	Richtlinie 2004/115/EG der Kommission vom 15. Dezember 2004 zur Änderung der Richtlinie 90/642/EWG des Rates bezüglich der darin festgesetzten Rückstandshöchstgehalte von bestimmten Schädlingsbekämpfungsmitteln (1)	22.06.2004 anwenden ab 23.06.2004	Schädlingsbekämpfungsmittelverordnung	BMGF
2005/16	Richtlinie 2005/16/EG der Kommission vom 2. März 2005 zur Änderung der Anhänge I bis V der Richtlinie 2000/29/EG des Rates über Maßnahmen zum Schutz der Gemeinschaft gegen die Einschleppung und Ausbreitung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse	Erlassen 14.05.2005 Anwenden 15.05.2005	Novelle zur Pflanzenschutzverordnung	BMLFUW-LE
2005/17	Richtlinie 2005/17/EG der Kommission vom 2. März 2005 zur Änderung einiger Bestimmungen der Richtlinie 92/105/EWG im Hinblick auf Pflanzenpässe	Erlasse 14.05.2005 Anwende 15.05.2005	Novelle zur Pflanzenschutzverordnung	BMLFUW-LE
2005/18	Richtlinie 2005/18/EG der Kommission vom 2. März 2005 zur Änderung der Richtlinie 2001/32/EG hinsichtlich bestimmter pflanzengesundheitlich besonders gefährdeter Schutzgebiete innerhalb der Gemeinschaft	Erlasse 14.05.2005 Anwende 15.05.2005	Novelle zur Pflanzenschutzverordnung	BMLFUW-LE
2003/103	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. November 2003 zur Änderung der Richtlinie 2001/25/EG über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten	14.05.2005	Änderung der STCW-Verordnung, BGBl. II Nr. 228/2000, soll bis längstens September 2005 abgeschlossen sein.	BMVIT
2002/15	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßenverkehrs ausüben	23.03.2004	Novelle zum Arbeitszeitgesetz	BMWA

Stichtag: 1. März 2005 Bund 0%-Ziel (älter als 2 Jahre)				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund
1998/44 4/04	Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen	30.07.00	Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Patentverträge-Einführungsgesetz, das Gebrauchsmustergesetz, das Halbleiterschutzgesetz und das Sortenschutzgesetz 2001 geändert werden (Biotechnologie-Richtlinie - Umsetzungsnovelle)	BMVIT

Fragen 10-14, 25 - Bundes-/Länderkompetenz:

Frage 10 = Spalte 1 und 2

Frage 11 = Spalte 3 (UF - Umsetzungsfrist)

Frage 12 = Spalte 5 (siehe Seite 1-3)

Frage 13 = Spalte 5

Frage 14:

Keine Richtlinie fällt zur Zeit unter ausschließliche Länderkompetenz

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
1999/38	Richtlinie 1999/38/EG des Rates vom 29. April 1999 zur zweiten Änderung der Richtlinie 90/394/EWG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit und zu ihrer Ausdehnung auf Mutagene		<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMBWK</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BMWA</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>BKA</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Burgenland</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Kärnten</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>NÖ</i>
			Bereich Gemeindebedienstete noch ausständig	<i>OÖ</i>
			VO zur Landarbeitsordnung	<i>Stmk</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Szbg</i>
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Tirol</i>
<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>V</i>			
<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Wien</i>			

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005				
Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
1999/92	Richtlinie 1999/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Mindestvorschriften zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit der Arbeitnehmer, die durch explosionsfähige Atmosphären gefährdet werden können (Fünfzehnte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG)	30.06.03	<i>vollständig umgesetzt</i>	BMBWK
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMWA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMGF
				Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	NÖ
			noch ausstehenden Verordnungen im Bereich der Gemeindebediensteten	OÖ
			VO zur Landarbeitsordnung	Stmk
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Szbg
			Bereich des Landarbeitsrechtes Novelle zur Landarbeitsordnung 2000	Tirol
			Novelle zur Land- und forstwirtschaftlichen Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Verordnung	
			<i>vollständig umgesetzt</i>	V
Bedienstetenschutz v. Gefahren explosionsfähige Atmosphären	Wien			

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2002/49	<i>Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und der Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm - Erklärung der Kommission im Vermittlungsausschuß zur Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm</i>	18.07.04	Rückmeldung v. 14.04.2005: BundesumgebungslärmschutzG (LärmG Bund): Begutachtung abgeschlossen, vorauss. Kundmachung Sommer 2005, Durchführungsverordnung parallel dazu in Ausarbeitung	BMLFUW -UW
			Straßengesetz	Burgenland
			Änderung des Kärntner Straßengesetzes 1991, Kärntner IPPC-Anlagengesetzes Gemeindeplanungsgesetzes 1995 und Kärntner Umweltplanungsgesetzes	Kärnten
			vollständig umgesetzt	NO
			Novellierungen des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 Oö. Straßengesetzes 1991 Oö. Umweltschutzgesetzes 1996	OÖ
			Straßengesetz	Stmk
			Straßengesetz	Szbg
			Novelle zum Tiroler Straßengesetz	Tirol
			Novelle zum Vorarlberger Straßengesetz	V
			Straßengesetz	Wien

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005				
Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/45	Richtlinie 2001/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 zur Änderung der Richtlinie 89/655/EWG des Rates über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (Text von Bedeutung für den EWR)	19.07.04	vollständig umgesetzt	BMWA
			Bedienstetenschutzgesetz	Burgenland
			Durchführungsverordnung zum Kärntner Bedienstetenschutzgesetz	Kärnten
			vollständig umgesetzt	NÖ
			Oö. Dienstrechtsänderungsgesetz 2005 - Oö. DRÄG 2005	OÖ
			Oö. Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetz 2005	
			Oö. G-DRÄG 2005 umgesetzt.	
			Verordnungsebene: Oö. Landesbedienstetenschutz Anpassungsverordnung 2004 - notifiziert	
			VO zum Bedienstetenschutzgesetz	Stmk
			vollständig umgesetzt	Szbg
Bereich des Dienstrechtes Landes- und Gemeindebediensteten: Tiroler Bedienstetenschutzgesetz 2003, LGBl. Nr. 75, die Arbeitsmittel-Verordnung, LGBl. Nr. 135/2003, und die Bauarbeiterschutz-Verordnung, LGBl. Nr. 141/2003 - notifiziert	Tirol			
Bereich des Landarbeitsrechtes durch die Land- und forstwirtschaftliche Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Verordnung, LGBl. Nr. 96/2001 offen				
Verordnungen zum Landes- und Gemeindebedienstetenschutzgesetz	V			
Land- und Forstarbeitsgesetz				
Wiener Arbeitsmittelverordnung in der Land- und Forstwirtschaft	Wien			

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/42	Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme	21.07.2004	SUP-Gesetz Verkehr	BMLFUW-UW
			Strategische Prüfung im Verkehrsbereich	BMVIT
			Raumordnungsgesetz	Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Kärnten</i>
			Raumordnungsgesetz	NÖ
			Oö. Raumordnungsgesetz-Novelle 2005	OÖ
				Stmk
			Salzburger Raumordnungsgesetz 1998 notifiziert . Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998 - offen	Szbg
			<i>vollständig umgesetzt</i>	<i>Tirol</i>
			Novelle zum Raumplanungsgesetz bzw. im Rahmen des neu zu erlassenden Landesabfallwirtschaftsgesetzes Verordnung zum Abfallgesetz	V
Novellen zum Wiener Nationalparkgesetz, zum Wiener Naturschutzgesetz und zum Wiener Abfallwirtschaftsgesetz	Wien			

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005 Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2000/43	Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft	19.07.2003	<i>vollständig umgesetzt</i>	BMWA
			Antidiskriminierungsgesetz	Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	NÖ
			Oö. Antidiskriminierungsgesetz - Oö. ADG beschlossen. Bereich des Landarbeitsrechts: Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2005	OÖ
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Stmk
			eigenen Landesgesetz	Szbg
			Bereich des Dienstrechtes der Landes- und der Gemeindebediensteten durch das Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2005 bzw. das Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz 2005 – notifiziert , Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005, Landarbeitsrechtes: Novelle zur Landarbeitsordnung 2005	Tirol
			<i>vollständig umgesetzt</i>	V
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Wien

Stichtag: 1. März 20052005 – 24. Juni.2005				
Bund/Länder 1,5%-Ziel				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2000/78	Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf	02.12.2003	<i>vollständig umgesetzt</i>	BMWA
			Novelle zum Behindertengleichstellungsgesetz	BMSG
			Antidiskriminierungsgesetz	Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			NÖ Landarbeitsordnung	NÖ
			Oö. Antidiskriminierungsgesetz	OÖ
			Bereich des Landarbeitsrechts: Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2005	
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Stmk
			eigenen Landesgesetz	Szbg
			Bereich des Dienstrechtes der Landes- und der Gemeindebediensteten durch das Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2005 bzw. das Gemeindegleichbehandlungsgesetz 2005, Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005, Bereich des Landarbeitsrechtes, Novelle zur Landarbeitsordnung 2005	Tirol
<i>vollständig umgesetzt</i>	V			
Antidiskriminierungsnovelle	Wien			
Novelle zum Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz				

Stichtag: 1. März 20052005				
Bund/Länder 0%-Ziel (älter als 2 Jahre)				
RL	RL + Titel	UF	Gesetze/VO/Nov.	Bund/Länder
2001/19	Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 zur Änderung der Richtlinien 89/48/EWG und 92/51/EWG des Rates über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise und der Richtlinien 77/452/EWG, 77/453/EWG, 78/686/EWG, 78/687/EWG, 78/1026/EWG, 78/1027/EWG, 80/154/EWG, 80/155/EWG, 85/384/EWG, 85/432/EWG, 85/433/EWG und 93/16/EWG des Rates über die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes, des Tierarztes, der Hebamme, des Architekten, des Apothekers und des Arztes (Text von Bedeutung für den EWR.) - Erklärung	31.12.02	Rückmeldung BWA-15.718/0041-Pers/6/2005 v 11.04.2005: Die Richtlinie soll betr. der Architekten durch eine Verordnung zur Novelle des Ziviltechnikergesetzes erfolgen, welches bis 19.5.2005 in Begutachtung ist. Die Erlassung einer entsprechenden Verordnung wird mit Herbst 2005 erwartet	BMWA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMGF
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BMSG
			<i>vollständig umgesetzt</i>	BKA
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Burgenland
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	NÖ
			<i>vollständig umgesetzt</i>	OÖ
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Stmk
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Szbg
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Tirol
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Kärnten
			<i>vollständig umgesetzt</i>	Wien

Zu Frage 15:

Hinsichtlich der Frage 15 nach den politischen Hauptinhalten der nach dem 1. März 2004 umzusetzenden Richtlinien und den sich daraus ergebenden innerstaatlichen Anpassungserfordernissen verweist das Bundeskanzleramt unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu Punkt I. und das Ressortprinzip gemäß Art. 69 Abs. 1 und Art. 77 Abs. 1 B-VG sowie das Bundesministeriengesetz 1986 auf die Zuständigkeit des jeweiligen Fachressorts.

Im Vollziehungsbereich des Bundeskanzleramtes werden die Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG „Legislativpaket zum öffentlichen Auftragswesen“ bis zum 31.1.2006 umzusetzen sein. Es werden dadurch Änderungen des Bundesvergabegesetzes (BVerG) sowie der darauf beruhenden Verordnungen erforderlich. Unter anderem wird das BVerG zur Erleichterung der Lesbarkeit eine neue Struktur erhalten und die aufgrund der neuen Richtlinien möglichen Vereinfachungen und neuen Verfahrensarten umsetzen. Ein Begutachtungsentwurf wurde Anfang Juli 2005 vorgelegt.

Zu den Fragen 16 bis 20:

Hinsichtlich der Fragen 16 bis 20, insoweit sie einen Regelungsbereich von gemeinschaftlichen Verordnungen und den sich allenfalls daraus ergebenden innerstaatlichen Handlungsbedarf betreffen, welcher nicht in den Vollziehungsbereich des Bundeskanzleramtes fällt, verweist das Bundeskanzleramt unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu Punkt I. und das Ressortprinzip gemäß Art. 69 Abs. 1 und Art. 77 Abs. 1 B-VG sowie das Bundesministeriengesetz 1986 auf die Zuständigkeit des jeweiligen Fachressorts.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes sind keine mit dem gemeinschaftlichen Verordnungsrecht im Widerspruch stehenden Regelungen bekannt.

Zu Frage 21:

Insgesamt wurden nach dem Informationsstand des Bundeskanzleramtes seit dem österreichischen Beitritt 48 Klagen **wegen unterbliebener bzw. mangelhafter Umsetzung bzw. Anwendung von Richtlinien**, anhängig gemacht. Davon wurden 19 mittels Urteils entschieden, derzeit sind 9 Klagen der Kommission gegen die Republik Österreich vor dem EuGH anhängig. Die restlichen 20 Verfahren wurden eingestellt (Klagsrückziehung durch die Kommission). In der nachstehenden tabellarischen Übersicht sind jene Verfahren aufgelistet, die anhängig sind bzw. waren und bei denen mit vertretbarem administrativem Aufwand abgeklärt werden konnte, daß sie eine mangelhafte oder fehlende Umsetzung von Richtlinien betreffen. Davon betrafen 29 den Bund und 19 die Länder. Der Gegenstand des Verfahrens, das betroffene Organ sowie der jeweilige Verfahrensstand sind ebenfalls der nachstehenden Liste zu entnehmen.

1. EuGH-Verfahren C-168/04 betreffend grenzüberschreitende Dienstleistungen (Bedingungen für die Entsendung von drittstaatsangehörigen Arbeitnehmern von EU-Unternehmen); Stand: **anhängig** (Bund)
2. EuGH-Verfahren C-473/99 betreffend fehlende Umsetzungsmitteilung bei RL 95/30/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (AnpassungsRL); Stand: **Urteil** vom 14.6.2001 (Länder)
3. EuGH-Verfahren C-212/02 betreffend Umsetzung der RL 89/665 und 92/13 über die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bei der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge; Stand: **Urteil** vom 24.6.2004(Länder)
4. EuGH-Verfahren C-428/04 betreffend Umsetzung der RL 89/391 über die Durchführung von Maßnahmen zu Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit; Stand: **anhängig** (Bund/Länder)
5. EuGH-Verfahren C-110/00 betreffend fehlende Umsetzungsmitteilung bei RL 97/59 (biologische Arbeitsstoffe; AnpassungsRL); Stand: **Urteil** vom 11.10.2001 (Länder)
6. EuGH-Verfahren C-111/00 betreffend fehlende Umsetzungsmitteilung bei RL 97/65 biologische Arbeitsstoffe; AnpassungsRL); Stand: **Urteil** vom 11.10.2001 (Länder)
7. EuGH-Verfahren C-81/03 betreffend Anwendung der RL 89/48 - freiberufliche Ausübung bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste (MTD-Gesetz); Stand: **Urteil** vom 9.9.2004 (Bund)
8. EuGH-Verfahren C-203/03 betreffend Umsetzung der RL 92/85; Gleichbehandlung von Frauen und Männern hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung (Untertagebergbau, Druckluft- und Taucherarbeiten; Stand: **Urteil** vom 1.2.2005 (Bund)
9. EuGH-Verfahren C-424/99 betreffend Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (COSAAR), RL 89/105; Stand: **Urteil** vom 27. November 2001 (Bund)
10. EuGH-Verfahren C-221/00 betreffend Verbot gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln, RL 79/112/EWG (EtikettierungsRL); Stand: **Urteil** vom 23.1.2003 (Bund)
11. EuGH-Verfahren C-507/04 betreffend vollständige Umsetzung der RL 79/409 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten; Stand: **anhängig** (Länder)
12. EuGH-Verfahren C-508/04 betreffend vollständige Umsetzung der RL 79/409 über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen; Stand: **anhängig** (Länder)
13. EuGH-Verfahren C-340/03 betreffend Umsetzung der RL 86/278; Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft; Stand: **eingestellt** (Länder)
14. EuGH-Verfahren C-4/04 betreffend Umsetzung der RL 98/44 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen; Stand: **Urteil** vom 28.10.2004 (Bund)
15. EuGH-Verfahren C-15/03 betreffend Umsetzung der RL 75/439 - Altölbeseitigung; Stand: **Urteil** vom 27.1.2005 (Bund)

16. EuGH-Verfahren C-357/03 betreffend Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinien 98/24 zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit; Stand: **Urteil** vom 28.10. 2004 (Länder)
17. EuGH-Verfahren C-76/03 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 98/71/EG über den rechtlichen Schutz von Mustern und Modellen; Stand: **eingestellt** (Bund)
18. EuGH-Verfahren C-214/03 Umsetzung der RL 88/609/EWG zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft; Stand: **Urteil** vom 8.7.2004 (Bund)
19. EuGH-Verfahren C-411/02 betreffend mangelnde Umsetzung der RL 98/10/EG - Anwendung des offenen Netzzugangs (ONP) beim Sprachtelefondienst; Stand: **Urteil** vom 14.9.2004 (Bund)
20. EuGH-Verfahren C-358/03 betreffend Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 90/269/EWG über Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten; Stand: **Urteil** vom 16.12.2004 (Länder)
21. EuGH-Verfahren C-359/03 betreffend Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 90/270/EWG über Mindestvorschriften bzgl. der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten; Stand: **Urteil** vom 16.9.2004(Länder)
22. EuGH-Verfahren C-78/04 betreffend Umsetzung der RL 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung; Stand: **Urteil** vom 18.11.2004 (Bund)
23. EuGH-Verfahren C-360/03 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/39/EG zur Festlegung von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der RL 98/24/EG; Stand: **Urteil** vom 28.10.2004 (Länder)
24. EuGH-Verfahren C-362/03 betreffend Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 1999/74/EG Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen; Stand: **eingestellt** (Länder)
25. EuGH-Verfahren C-10/04 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 1999/63 zur Regelung der Arbeitszeit von Seeleuten in innerstaatliches Recht; Stand: **eingestellt** (Bund)
26. EuGH-Verfahren C-421/03 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2001/18/EG über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen; Stand: **Urteil** vom 28.10.2004 (Bund)
27. EuGH-Verfahren C-109/05 betreffend Umsetzung der RL 200/53 über Altfahrzeuge; Stand: **anhängig** (Bund)
28. EuGH-Verfahren C-54/04 betreffend Umsetzung der RL 2001/80 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in innerstaatliches Recht; Stand: **eingestellt** (Bund)
29. EuGH-Verfahren C-476/03 betreffend Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen zu den RL 2001/12/EG (Entwicklung der Eisenbahnunternehmen der Gemeinschaft), 2001/13/EG (Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen) und 2001/14/EG (Zuweisung von Fahrwegkapazität der Eisenbahn, die Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur und die Sicherheitsbescheinigung; Stand: **eingestellt** (Bund)
30. EuGH-Verfahren C-378/04 betreffend Umsetzung der RL 99/38 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene; Stand: **anhängig** (Länder)

31. EuGH-Verfahren C-377/04 betreffend Umsetzung der RL 99/92 über den Schutz der Arbeitnehmer vor explosionsfähigen Atmosphären; Stand: **anhängig** (Länder)
32. EuGH-Verfahren C-335/04 betreffend Umsetzung der RL 2000/43 zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft; Stand: **Urteil** vom 4.5.2005 (Bund/Länder)
33. EuGH-Verfahren C-153/05 betreffend Umsetzung der RL 2002/30 über lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen; Stand: **anhängig** (Bund)
34. EuGH-Verfahren C-133/05 betreffend Umsetzung der RL 2000/78 zur Festlegung eines Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf; Stand: **anhängig** (Bund/Länder)
35. EuGH-Verfahren C-146/02 betreffend mangelhafte Umsetzung der RL 96/59 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT); Stand: **eingestellt** (Bund)
36. EuGH-Verfahren C-33/02 betreffend mangelnde Umsetzung der RL 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle; Stand: **eingestellt** (Bund)
37. EuGH-Verfahren C-194/01 betreffend mangelhafte Umsetzung des Anwendungsbereiches der RL 75/442/EWG über Abfälle und der RL 91/689/EWG über gefährliche Abfälle (Abfalldefinition); Stand: **Urteil** vom 29.4.2004 (Bund)
38. EuGH-Verfahren C-345/01 betreffend Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen bei RL 98/81/EWG - Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen; Stand: **eingestellt** (Bund)
39. EuGH-Verfahren C-194/02 betreffend Umsetzung der RL 91/689 über gefährliche Abfälle; Stand: **eingestellt** (Bund)
40. EuGH-Verfahren C-192/02 betreffend Umsetzung der Richtlinie 75/442 über Abfälle (AbfallrahmenRL); Stand: **eingestellt** (Bund)
41. EuGH-Verfahren C-155/02 betreffend Umsetzung von Richtlinien des Rates 89/369/EWG und 89/429/EWG über die Verhütung bzw. Verringerung der Luftverunreinigung durch Verbrennungsanlagen für Siedlungsanlagen (Kommunale AbfallverbrennungsRL); Stand: **eingestellt** (Länder)
42. EuGH-Verfahren C-131/02 betreffend Nichtmitteilung von Umsetzungsmaßnahmen der RL 2000/24/EG zur Änderung der RL 76/895/EWG, 86/362/EWG, 86/363/EWG und 90/642/EWG über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln in und auf Getreide, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse; Stand: **eingestellt** (Bund)
43. EuGH-Verfahren C-353/02 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/42/EG über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs; Stand: **eingestellt** (Bund)

44. EuGH-Verfahren C-354/02 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/757/EG über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmittel auf und in Obst und Gemüse und bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs; Stand: **eingestellt** (Bund)
45. EuGH-Verfahren C-355/02 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/58/EG über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmittel auf und in Getreide, Lebensmitteln tierischen Ursprungs und bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs; Stand: **eingestellt** (Bund)
46. EuGH-Verfahren C-14/03 betreffend Umsetzung der Richtlinie 92/72/EWG über die Luftverschmutzung durch Ozon; Stand: **eingestellt** (Bund)
47. EuGH-Verfahren C-164/03 betreffend Umsetzung des Anhangs II.1.a der RL 97/11/EG über die Umweltverträglichkeitsprüfungen bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten; Stand: **eingestellt** (Länder)
48. EuGH-Verfahren C-363/03 betreffend Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/30/EG über die technische Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen; Stand: **eingestellt** (Bund)

Zu Frage 22:

Insgesamt wurden bislang 28 Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich durch Urteil des EuGH abgeschlossen. Der Bund wurde dabei in 16 Fällen verurteilt, in einem Fall wurde die Klage der Kommission abgewiesen. In 10 Verfahren war ein Land ursächlich für die Verurteilung der Republik. In einem Fall waren Bund und Länder ursächlich. Es handelt sich dabei um folgende Urteile:

1. Luftverkehrsabkommen Österreich - USA (Open Sky); EuGH-Verfahren C-475/98; Urteil vom 5.11.2002 (**Bund**)
2. Vergabe eines öffentlichen Bauauftrags in St. Pölten; EuGH-Verfahren C-328/96; Urteil vom 28.10.1999 (**Länder**)
3. Verletzung der RL 93/89 bei der Erhöhung der Mautgebühren für die Benutzung der Brennerautobahn; EuGH-Verfahren C-205/98; Urteil vom 26.9.2000 (**Bund**)
4. Fehlende Umsetzungsmittelung bei RL 95/30/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (AnpassungsRL); EuGH-Verfahren C-473/99; Urteil vom 14.6.2001 (**Länder**)
5. Umsetzung der RL 89/665 und 92/13 über die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bei der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge; EuGH-Verfahren C-212/02 Urteil vom 24.6.2004 (**Länder**)
6. Schwierigkeiten beim Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln; EuGH-Verfahren C-150/00; Urteil vom 29.4.2004 (**Bund**)
7. Fehlende Umsetzungsmittelung bei RL 97/59 (biologische Arbeitsstoffe; AnpassungsRL); EuGH-Verfahren C-110/00; Urteil vom 11.10.2001 (**Länder**)
8. Fehlende Umsetzungsmittelung bei RL 97/65 (biologische Arbeitsstoffe; AnpassungsRL); EuGH-Verfahren C-111/00; Urteil vom 11.10.2001 (**Länder**)
9. Anwendung der RL 89/48 - freiberufliche Ausübung bestimmter gehobener medizinisch-technischer Dienste (MTD-Gesetz); EuGH-Verfahren C-81/03 Urteil vom 9.9.2004 (**Bund**)
10. Umsetzung der RL 92/85; Gleichbehandlung von Frauen und Männern hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung (Untertagebergbau, Druckluft- und Taucherarbeiten); EuGH-Verfahren C-203/03 Urteil vom 1.2.2005 (**Bund**)

11. Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (COSAAR), RL 89/105; EuGH-Verfahren C-424/99; Urteil vom 27. November 2001 (Bund)
12. Verbot gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln, RL 79/112/EWG (EtikettierungsRL); EuGH-Verfahren C-221/00; Urteil vom 23. Januar 2003; (Bund)
13. Passives Wahlrecht bei Betriebsratswahlen; EuGH-Verfahren C-465/01; Urteil vom 16.9.2004 (Bund)
14. Anwendungsbereich der RL 75/442 und 91/689 über gefährliche Abfälle; EuGH-Verfahren C-194/01; Urteil vom 29.4.2004 (Bund)
15. Anwendung der RL 79/409 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Golfplatzprojekt in Weißenbach in der Steiermark; „Wörschacher Moor“); EuGH-Verfahren C-209/02; Urteil vom 29. Januar 2004 (Länder)
16. Umsetzung der RL 98/44 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen; EuGH-Verfahren C-4/04 Urteil vom 28.10.2004 (Bund)
17. Umsetzung der RL 75/439 - Altölbeseitigung; EuGH-Verfahren C-15/03 Urteil vom 27.1.2005 (Bund)
18. Verbot des Versandhandels mit Verzehrprodukten; EuGH-Verfahren C-497/03; Urteil vom 28.10.2004 (Bund)
19. Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinien 98/24 zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit; EuGH-Verfahren C-357/03 Urteil vom 28.10. 2004 (Länder)
20. Umsetzung der RL 88/609/EWG zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft; EuGH-Verfahren C-214/03; Urteil vom 8.7.2004 (Bund)
21. Mangelnde Umsetzung der RL 98/10/EG - Anwendung des offenen Netzzugangs (ONP) beim Sprachtelefoniedienst; EuGH-Verfahren C-411/02 Urteil vom 14.9.2004 (Bund)
22. Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 90/269/EWG über Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten; EuGH-Verfahren C-358/03 Urteil vom 16.12.2004 (Länder)
23. Nichtnotifizierung von Umsetzungsmaßnahmen zur RL 90/270/EWG über Mindestvorschriften bzgl. der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten; EuGH-Verfahren C-359/03 Urteil vom 16.9.2004 (Länder)
24. Umsetzung der RL 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung; EuGH-Verfahren C-78/04 Urteil vom 18.11.2004 (Bund)
25. Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2000/39/EG zur Festlegung von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der RL 98/24/EG; EuGH-Verfahren C-360/03 Urteil vom 28.10.2004 (Länder)
26. Nichtmitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung der RL 2001/18/EG über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen; EuGH-Verfahren C-421/03 Urteil vom 28.10.2004 (Bund)
27. Umsetzung der RL 2000/43 zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft; EuGH-Verfahren C-335/04 Urteil vom 4.5.2005 (Bund/Länder)
28. Vorlage eines Berichts für 2001 über den Schwefelgehalt der flüssigen Kraft- und Brennstoffe; EuGH-Verfahren C-90/04 Urteil vom 3.3.2005 (Bund)

Zu Frage 23:

Hinsichtlich der in den einzelnen Ressorts entstandene Kosten aufgrund von Verurteilungen der Republik Österreich durch den EuGH verweist das Bundeskanzleramt unter Bezugnahme auf die Ausführungen unter Punkt I. auf das Ressortprinzip gemäß Art. 69 Abs. 1 und Art. 77 Abs. 1 B-VG sowie das Bundesministeriengesetz 1986 auf die Zuständigkeit des jeweiligen Fachressorts.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes sind keine Kosten aufgrund von Verurteilungen der Republik Österreich durch den EuGH angefallen.

Gegen die Republik Österreich wurde bislang noch kein Verfahren zur Zahlung eines Buß- oder Zwangsgeldes gemäß Art. 228 EG-Vertrag eingeleitet.

Zu Frage 24:

Gemäß § 3 Abs. 2 FAG 2001 (vgl. auch Art. 12 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration, BGBl. Nr. 775/1992) sind die jeweils betroffenen Länder zur Tragung jener Kosten verpflichtet, die der Republik Österreich im Zusammenhang mit Verfahren vor dem EuGH wegen eines EG-rechtswidrigen Verhaltens der Länder erwachsen.

Bislang sind in diesem Zusammenhang keine dem Bund zu erstattenden Kosten angefallen. Die Kosten der **Prozeßvertretung** vor dem EuGH werden vom Bundeskanzleramt im Rahmen der Zuständigkeit zur Vertretung der Republik Österreich vor dem EuGH und dem EuG getragen, unabhängig davon, ob der Bund oder ein Land für ein Verfahren ursächlich war.

Zu Frage 25:

Mit dem Stichtag: 1. März 2005 wies Österreich ein Umsetzungsdefizit von 2,1% auf. Derzeit (Stichtag: 31. Mai 2005) liegt das Defizit wieder bei 1,7%. Dies wird auch im Binnenmarktanzeiger aufscheinen, der im Juli von der Kommission veröffentlicht wird. Im Ranking der Mitgliedstaaten wird Österreich voraussichtlich im guten Mittelfeld liegen.

Zu den Frage 26 bis 27:

Bislang wurden 268 Vorabentscheidungsverfahren (Stand 22.6.2005) durch österreichische Instanzen vor dem EuGH anhängig gemacht. Davon sind derzeit noch 21 Verfahren anhängig (Stand 22.6.2005). Die restlichen 247 Verfahren wurden mittlerweile durch Urteil oder verfahrensbeendenden Beschluß abgeschlossen. Die jeweiligen Entscheidungen sind im Internet auf der Homepage des EuGH unter der Adresse: <http://curia.eu.int/> abrufbar. Aufgrund des Umfangs der betroffenen Verfahren und des damit verbundenen Verwaltungsaufwandes wird von einer Auflistung der einzelnen Verfahren abgesehen.

Zu den Fragen 28 und 29:

Hinsichtlich des Handlungsbedarfs aufgrund von Vorabentscheidungsverfahren, geltend gemachten Staatshaftungsansprüchen sowie zu ergreifenden Maßnahmen bei Säumnis verweist das Bundeskanzleramt unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu Punkt I. und das Ressortprinzip gemäß Art. 69 Abs. 1 und Art. 77 Abs. 1 B-VG sowie das Bundesministerengesetz 1986 in der derzeit geltenden Fassung auf die Zuständigkeit des jeweiligen Fachressorts.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes ist aufgrund der Entscheidung in der Rs. C-15/04, Koppensteiner (Bekämpfbarkeit des Widerrufs), Urteil vom 2.6.2005, das Bundesvergabegesetz anzupassen. Dem Urteil wurde bei der Ausarbeitung des neuen Bundesvergabegesetzes Rechnung getragen (Beginn des Begutachtungsverfahrens im Juli 2005).

Es wurden bislang gegenüber dem Bundeskanzleramt keine Staatshaftungsansprüche geltend gemacht.

Zu Frage 30:

Im Rahmen der Koordinierungskompetenz zur rechtzeitigen Umsetzung von Richtlinien ist das Bundeskanzleramt aus den bereits genannten Gründen nicht zuständig, die richtlinienkonforme Anwendung von Umsetzungsakten der Ressorts und der Länder zu überprüfen, da es sich hierbei um Maßnahmen der Vollziehung handelt.

Das Bundeskanzleramt erfaßt aber in einer Umsetzungsdatenbank, auf welche die Umsetzungsbeauftragten der Bundesministerien und der Länder Zugriff haben, auch sogenannte Berichtspflichten, die in manchen Richtlinien (z.B. Richtlinie 92/29/EWG über Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz zum Zweck einer besseren medizinischen Versorgung auf Schiffen) vorgesehen sind. Die danach regelmäßig vorzulegenden Berichte sind der Kommission wie Umsetzungsmaßnahmen zu Richtlinien zu notifizieren. Durch die Erfassung der Berichtspflichten in der Umsetzungsdatenbank ist es dem Bundeskanzleramt gegebenenfalls möglich die betroffenen Ressorts oder Länder auf die Fälligkeit eines Berichts hinzuweisen.

Zu Frage 31:

Die seit September 2003 bestehende Umsetzungskommission hat bislang sechs Mal getagt:

19.09.2003
12.03.2003
31.03.2004
23.06.2004
17.12.2004
15.04.2005

Die nächste Sitzung wird am 9. September 2005 stattfinden. Zum Zeitpunkt der Gründung der Umsetzungskommission befand sich Österreich in der Umsetzungsstatistik der Europäischen Kommission auf dem letzten Platz mit einem Umsetzungsdefizit von 4,4%. Aufgrund der Bemühungen der Umsetzungskommission konnte das österreichi-

sche Umsetzungsdefizit bis Juli 2004 auf 1,7% gesenkt werden (6. Platz im Ranking der Kommission, laut Binnenmarktanzeiger vom Juli 2004).

Entwicklung der letzten Jahre

	2000 ¹	2001	2002 ²	2003 ³	2004	2005
März	-	-	1,9% ⁴	3,4% ⁵	1,8%	2,1%
Mai	-	3,2% ⁶	2,1% ⁷	3,4% ⁸	-	1,7%
Juli	-	-	-	4,4% ⁹	1,7% ⁹	
November	2,9% ¹⁰	2,9% ¹¹	2,9% ¹²	2,5%	2,1%	

¹ bis 2001 wurde das Scoreboard 2 x jährlich (Mai und November) publiziert

² ab 2002 wurde auch für den Frühjahresgipfel eine Statistik erstellt

³ ab November 2003 neue Regelung! (Überprüfung November für Jännerstatistik, März - Statistik für den Frühjahresgipfel, Juli - Publikation Scoreboard)

⁴ Statistik Frühjahresgipfel Barcelona

⁵ Statistik Frühjahresgipfel Brüssel (Präs. Griechenland)

⁶ Scoreboard Nr. 8

⁷ Scoreboard Nr. 10

⁸ Scoreboard Nr. 12

⁹ Scoreboard Nr. 13

¹⁰ Scoreboard Nr. 7

¹¹ Scoreboard Nr. 9

¹² Scoreboard Nr. 11